

Jon Grepstad Nuklear-Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung in Norwegen

Entsprechend den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes vom 19. März 1965 werden in Norwegen als Verweigerungsgrund nur pazifistische Überzeugung anerkannt, wenn sie politisch, religiös oder human-ethisch begründet werden: »Wenn der Wehrpflichtige glaubhaft machen kann, daß er keinerlei Art von Militärdienst leisten kann, ohne mit seinen Überzeugungen in Konflikt zu geraten, soll er (...) von diesem Dienst befreit werden«. Zur Zeit verweigern etwa 8 Prozent, das sind etwa 2500, der Wehrpflichtigen den Dienst an der Waffe; zwischen 10 und 15 Prozent der Anträge werden nicht anerkannt. Werden ihre Überzeugungen vom Justizministerium nicht als grundlegend pazifistische anerkannt, lehnt es die Anträge ab; der Wehrpflichtige hat die Möglichkeit, die Ablehnung vor einem Gericht überprüfen zu lassen. Bestätigt dieses die Entscheidung des Justizministeriums und ist der Betroffene weiterhin nicht bereit, den Wehrdienst abzuleisten, wird er in der Regel zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt.

Aufgrund der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren zunehmend Wehrpflichtige angesichts der Eingliederung Norwegens in die Nuklearstrategien der NATO und der USA den Militärdienst verweigern, wird von mehreren Organisationen und bekannten Persönlichkeiten die Ansicht vertreten, auch situationsbedingte, insbesondere also nuklear-pazifistische, Kriegsdienstverweigerung bedürfe der Anerkennung: diese Position vertreten u.a. die norwegischen Bischöfe (1969 und 1980) und der norwegische Gewerkschaftsbund LO (1980).

Amnesty International hat seit 1973 die norwegische Regierung wiederholt dazu aufgefordert, das Zivildienstgesetz zu novellieren, um sog. Gewissensgefangene zu vermeiden. Im Jahre 1974 berief die norwegische Regierung eine Kommission zur Überprüfung und zur — möglichen — Revision des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes ein — sie veröffentlichte ihren Bericht im Januar 1980; während ihre vier zivilen Mitglieder für die Anerkennung situationsbedingter Verweigerung plädierten, stimmten die übrigen vier militärischen Mitglieder dagegen. Das Justizministerium legte im Mai 1984 dem *Stortinget* (Parlament) einen Entwurf vor, der die Grundzüge des geltenden Zivildienstgesetzes beibehält; dennoch besteht die Möglichkeit, daß sich eine parlamentarische Mehrheit für die Anerkennung situationspezifischer Kriegsdienstverweigerung ausspricht; die Radikal-Liberale Partei, die Links-Sozialisten sowie die Sozialdemokraten treten für eine solche Änderung ein. In der Zentrums- und Bauernpartei (Bauernpartei) und in der Christlichen Partei divergieren die Auffassungen — obwohl der Landesvorstand der Christlichen Partei vor einigen Monaten eine Erklärung für die Anerkennung veröffentlichte. Im kommenden Frühjahr wird das Parlament die Gesetzesnovellierung diskutieren.

Nei til atomvapen (Nein zu Atomwaffen) hat am 28. August 1984 die folgende Erklärung abgegeben: »Atomwaffen widersprechen jeder Moral. Neil til atomvapen unterstützt alle, die aus nuklear-pazifistischen Überzeugungen den Militärdienst verweigern und tritt daher für die gesetzliche Anerkennung dieser Form der

Kriegsdienstverweigerung ein«. Eine sprunghaft ansteigende Zahl von Wehrdienstverweigerungen ist nicht zu befürchten, da bereits heute situationsbedingte Verweigerer bisweilen mit anderen Gründen argumentieren, um anerkannt zu werden.

Die Parlamentsdebatte im Frühjahr 1985 wird nicht nur die situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung, sondern ebenso mögliche neue Formen des Zivildienstes erörtern. Zur Zeit

wird die Mehrheit der Zivildienstleistenden im Sozialwesen beschäftigt, doch befürworten die Kriegsdienstverweigerer mit gewisser Unterstützung durch die vier zivilen Mitglieder der Wehrpflichtkommission den Aufbau eines Friedensdienstes: soziale Verteidigung, Dienst in der »Dritten Welt«, Arbeit in norwegischen, ausländischen und internationalen Friedensorganisationen, Projekte, die die Grenzen der Militärbündnisse überschreiten, etc.

Margit Mayer Armut in den USA

Über Reagans Wahlsieg, die hinter ihm stehenden Kräfte und Stimmungen in der amerikanischen Gesellschaft, über die Auswirkungen auf die Außen- und Wirtschaftspolitik, ist in der Zwischenzeit viel geschrieben und kommentiert worden.

Eine weitere allgemein-politische Betrachtungsweise wollen wir an dieser Stelle nicht hinzufügen. Wichtiger erscheint uns — auch im Zusammenhang mit dem Thema »Armut« — der Bericht von Margit Mayer, die sich z.Zt. in den USA aufhält, über diejenigen, die die Sanierungskosten der ökonomischen Krise zu bezahlen haben. Red.

In den 70er Jahren führte die amerikanische Bundesregierung noch einen »Krieg gegen die Armut«, seit 1980 produziert sie wieder die »neue Armut«, und zwar in Massen. Seit dem Amtsantritt Präsident Reagans 1980 leben 6 Millionen mehr Menschen unterhalb der offiziell festgelegten Armutsgrenze (Die regierungssamtlich festgesetzte Armutsgrenze liegt derzeit bei 9800, Dollar — umgerechnet ca. 11 000 DM — pro Jahr für eine vierköpfige Familie), das heißt insgesamt 35,3 Millionen Menschen oder 15,2 % der Bevölkerung. Zwar schweben die USA gegenwärtig in einer Welle des Auf-

schwungs und des Patriotismus einer vielversprechenden Entwicklung entgegen, doch produziert diese Woge auch einen »Abschaum«, einen immer größer werdenden Kreis von Marginalisierten, die außen vor bleiben und ab und an — als Hungernde oder Obdachlose — in die Schlagzeilen der Medien geraten.

Ökonomische Umstrukturierungsprozesse erfordern einerseits eine ungeheuerliche Konzentration von Kapital und Automation von Arbeit, andererseits werden Millionen Menschen in die Erwerbslosigkeit gezwungen oder in arbeitsintensive Jobs mit Minimallohnen. Den hier ausgelösten gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen wurde politisch alles andere als gegengesteuert.

Der Getto- und Wohlfahrtsbevölkerung gegenüber wird im Gegensatz zu den 60er Jahren nicht mehr der Anschein einer Integrationsleistung erbracht (ausgegrenzt wurden sie in den USA schon immer, jedoch durch diverse Sozialprogramme seit den 60er Jahren immerhin »befriedet«), aber auch die bislang noch über Gewerkschaften oder hohe Löhne oder sonstige Privilegien integrierte stabile Lohnarbeiterschaft (also inklusive neue Mittelklasse) wurde in den letzten Jahren mit Zwang zu »Give-